

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

das Bundesbedarfsplangesetz regelt den beschleunigten Ausbau von Höchstspannungsleitungen im Übertragungsnetz und dient somit einseitig der Unterstützung des europäischen Stromhandels auch mit Atom- und Kohlestrom.

32 Bürgerinitiativen entlang der Juraleitung/P53 lehnen diesen Ausbau aus mehreren Gründen ab:

- Die Energiewende (100 % EE) wird damit blockiert.
- Strom muss dort erzeugt und gespeichert werden, wo er benötigt wird.
- Statt mit hohen Milliardenbeträgen Übertragungsnetze neu zu bauen, müssen unsere Verteilnetze modernisiert werden.

Es gibt noch viele weitere Gründe, warum mit diesem Gesetz die Klimaziele der Bundesregierung keinesfalls erreicht werden können. Das Aktionsbündnis der Trassengegner informiert Sie gerne, falls Sie dies wünschen.

Mittlerweile sind bereits Tausende Bürger*innen in unseren Bürgerinitiativen aktiv und es werden täglich mehr. Unterstützt werden deren Forderungen von Umweltverbänden und zahlreichen unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. So wurde z.B. nachgewiesen, dass von den vielen angeblich notwendigen Maßnahmen im BBPIG lediglich 9 tatsächlich für die Versorgungssicherheit gebraucht werden. Die Bürgerinitiativen werden die Themen „überdimensionierter und falscher Netzausbau“ und „Bürgerenergie“ jedenfalls zu Hauptthemen im bevorstehenden Bundestagswahlkampf machen.

Daher bitte ich Sie als gewähltes Mitglied in unserem Bundestag, dem extensiven Netzausbau in seiner geplanten Form nicht zuzustimmen. Fordern Sie die neue Ausrichtung des Netzentwicklungsplans nach dem Bedarf an intelligenten Verteilnetzen (Smart Grid), einen wesentlich größeren Zubau von EE-Anlagen (ein fünftes Szenario bei den Berechnungen der Bundesnetzagentur), die Sektorenkopplung und den Vorrang von Speichern.

Damit verbunden ist natürlich auch die entsprechende Änderung im EEG, in dem z.B. die Eigennutzung von selbst erzeugtem PV-Strom unterstützt und von bürokratischen Hürden befreit werden muss, wie es die EU seit 2018 in ihren Richtlinien fordert.

Ich würde mich über eine positive Rückmeldung freuen, die ich gerne an alle Mitglieder unserer Bürgerinitiativen weiterleiten werde.

Mit freundlichen Grüßen

Name

Ihre Ansprechpartnerin: Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner

pressestelle@stromautobahn.de | www.stromautobahn.de | mobil 01573 2618073